

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXIX

Erster Hauptteil. Die deutsche Inkassobranche – wirtschaftliche Bedeutung, Tätigkeitsbereiche und Historie 1

1. Kapitel. Überblick zu Inkassodienstleistungen und der Struktur von Inkassounternehmen	1
2. Kapitel. Internes Management bei Inkassounternehmen	12
3. Kapitel. Aufgaben und Tätigkeitsfelder eines Inkassounternehmens	36
4. Kapitel. Inkassokosten – Vergütungsanspruch des Inkassounternehmens und Verzugsschadensersatzanspruch des Gläubigers	60
5. Kapitel. Inkasso im Ausland – europarechtliche Bezüge	70
6. Kapitel. Inkasso-Organisationen in der geschichtlichen Entwicklung	77

Zweiter Hauptteil. Materiell-rechtliche und prozessuale Probleme des Inkassorechts 83

7. Kapitel. Einführung in den 2. Hauptteil	83
1. Teil. Das Verhältnis des Inkassounternehmens zum Gläubiger (Innenverhältnis) 96	96
8. Kapitel. Das Inkassounternehmen als Unternehmer und als Kaufmann	96
9. Kapitel. Der Inkassovertrag	99
10. Kapitel. Allgemeine Geschäftsbedingungen in Inkassoverträgen	109
11. Kapitel. Vergütungsansprüche im Innenverhältnis einschließlich Erstattung von Auslagen	128
12. Kapitel. Weitere Ansprüche im Innenverhältnis	138
13. Kapitel. Sonderfälle unwirksamer Inkassoverträge	154
2. Teil. Das Verhältnis des Inkassounternehmens zum Schuldner und zu Dritten (Außenverhältnis) 162	162
14. Kapitel. Stellung des Inkassounternehmens im Verhältnis zum Schuldner	162
16. Kapitel. Besonderheiten aus der Sicht des Schuldners	218

17. Kapitel. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Erfüllung	221
19. Kapitel. Besondere Vereinbarungen des Schuldners oder Dritter mit dem Inkassounternehmen	238
3. Teil. Kostenerstattungsansprüche	256
20. Kapitel. Überblick über die Kostenerstattungsansprüche	256
21. Kapitel. Der materiell-rechtliche Kostenerstattungsanspruch im Überblick	260
22. Kapitel. Haftung aus Verzug (§§ 280 Abs. 2, 286, 288 BGB) dem Grunde nach	264
23. Kapitel. Schadensersatz für außergerichtliche Rechtsverfolgungskosten	276
24. Kapitel. Begrenzung der erstattungsfähigen Inkassokosten nach § 4 Abs. 5 EGRDG	293
4. Teil. Durchsetzung von Ansprüchen auf Erstattung von Inkassokosten	305
25. Kapitel. Prozessuale Probleme im Streitverfahren	305
26. Kapitel. Weitere besondere Probleme des Mahnverfahrens	321
27. Kapitel. Zwangsvollstreckung und Insolvenz	328
28. Kapitel. Inkassokosten als notwendige Kosten der Zwangsvollstreckung (§ 788 ZPO)	336
29. Kapitel. Internationales Inkassorecht – Anwendbares Recht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	344
Dritter Hauptteil. Berufsrecht der Inkassounternehmen – Möglichkeiten und Gestaltungen der Zusammenarbeit	365
30. Kapitel. Einleitung	365
31. Kapitel. Das Rechtsdienstleistungsgesetz als Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsgesetzes (auch RBerNG)	392
32. Kapitel. Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken	427
33. Kapitel. Zusammenarbeit zwischen Inkassounternehmen und Rechtsanwälten	443
34. Kapitel. Schlussbetrachtung	465
35. Kapitel. Exkurs: Besondere Verfahren	467
Vierter Hauptteil. Datenschutz in Inkassounternehmen	476
36. Kapitel. Bedeutung des Datenschutzes für Inkassounternehmen	476
37. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Datenschutzrechts	477
38. Kapitel. Datenschutz bei der Mandatsbearbeitung	480
39. Kapitel. Betrieblicher Datenschutzbeauftragter	516

Fünfter Hauptteil. Inkassorecht in Österreich und in der Schweiz..	519
40. Kapitel. Inkasso in Österreich	519
41. Kapitel. Inkasso in der Schweiz.....	540
 Anhang	 549
Sachregister	583

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXIX

Erster Hauptteil. Die deutsche Inkassobranche – wirtschaftliche Bedeutung, Tätigkeitsbereiche und Historie

1. Kapitel. Überblick zu Inkassodienstleistungen und der Struktur von Inkassounternehmen	1
1. Begriff und Legaldefinition	1
2. Entwicklung der deutschen Inkassobranche und gesetzliche Grundlagen für die Erbringung von Inkassodienstleistungen	1
a) Entstehung des Inkassogewerbes	1
b) Das Rechtsberatungsgesetz als erste gesetzliche Grundlage des Inkassogewerbes	3
c) Das Rechtsdienstleistungsgesetz als gesetzliche Grundlage der heutigen Inkassodienstleistungen unter Berücksichtigung der Neueregungen durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken	5
2. Kapitel. Internes Management bei Inkassounternehmen	12
1. Begriff des Inkassounternehmens	12
2. Wirtschaftliche Bedeutung der Inkassounternehmen unter Berücksichtigung der Branchenstudie 2012.	12
a) Justizentlastende Wirkung	13
b) Gläubigereigene Liquiditätsprobleme	13
c) Überblick zur Verbraucherverschuldung	16
3. Anzahl der registrierten Inkassounternehmen	17
4. Organisationsformen	18
5. Inkassodienstleister und deren Mitarbeiter	18
a) Beschäftigtenzahlen	18
b) Beruf des Inkassodienstleisters – Registrierungsvoraussetzungen, Sachkundenachweise, Ausbildungsmöglichkeiten	18
6. Organisation.	25
a) Interner Aufbau nach Tätigkeitsgebieten	25
b) EDV – Software für Inkassounternehmen	27
7. Werbung	29
8. Auftraggeber.	31
a) Auftraggeberstruktur nebst Überblick der beizutreibenden Forderungen.	31
b) Eigene Mahnaktivitäten des Gläubigers – Konzerninkasso.	34
3. Kapitel. Aufgaben und Tätigkeitsfelder eines Inkassounternehmens	36
1. Abgrenzung der Inkassotätigkeit zur Tätigkeit von Rechtsanwälten	36
a) Forderungseinziehung durch Rechtsanwälte	36
b) Vorteile eines Inkassounternehmens.	37
c) Entscheidungshilfen.	38

2. Arbeitsabläufe und Tätigkeiten eines Inkassounternehmens	41
a) Überblick	41
b) Inkassovertrag zwischen Gläubiger und Inkassounternehmen	43
c) Die einzelnen Tätigkeitsfelder und Arbeitsabläufe eines Inkassounternehmens	43
4. Kapitel. Inkassokosten – Vergütungsanspruch des Inkassounternehmens und Verzugserschadensersatzanspruch des Gläubigers	60
1. Überblick	60
2. Vergütung des Inkassounternehmens gemäß Inkassovertrag	62
3. Im Rahmen des Verzugserschadensersatzanspruchs zu erstattende Kosten	66
4. Erstattungsfähigkeit der Kosten des gerichtlichen Mahnverfahrens und des Zwangsvollstreckungsverfahrens	69
5. Kapitel. Inkasso im Ausland – europarechtliche Bezüge	70
1. Inkasso im Ausland	70
2. Ausschnitt von relevanten europarechtlichen Vorgaben	73
6. Kapitel. Inkasso-Organisationen in der geschichtlichen Entwicklung ..	77
1. Reichsverband Deutscher Auskunfterteiler und Gläubigerschutz-Unternehmen e.V.	77
2. Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe in der Reichsgruppe Handel der Organisation der gewerblichen Wirtschaft	77
3. Verband zugelassener Inkassobüros	78
4. Bundesverband Deutscher Inkasso- und Auskunfterteiler-Unternehmen e.V.	78
5. Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU)	78
6. Bundesverband für Inkasso und Forderungsmanagement e.V. (BfIF)	80
7. Federation of European National Collection Associations (FENCA)	80
Fazit und Ausblick	81

Zweiter Hauptteil. Materiell-rechtliche und prozessuale Probleme des Inkassorechts

7. Kapitel. Einführung in den 2. Hauptteil	83
1. Übersicht über den Inhalt des 2. Hauptteils	84
2. Aufgaben des 2. Hauptteils	85
3. Herrschende Meinung und Vorurteile	86
4. Rechtsprechung von Reichsgericht und Bundesgerichtshof zum Inkassorecht	87
5. Ausgangslage: Nichterfüllung einer Verbindlichkeit	89
6. Zwitterstellung der Inkassounternehmen und Stellung der Rechtsanwälte	90
7. Das Problem der Differenzierungen	91
8. Soziale Wirklichkeit und Inkassorecht	92
9. Abgrenzung zum Factoring	93
10. Kleines Lexikon von Begriffen des Inkassorechts	94
1. Teil. Das Verhältnis des Inkassounternehmens zum Gläubiger (Innenverhältnis)	96
8. Kapitel. Das Inkassounternehmen als Unternehmer und als Kaufmann	96
1. Das Inkassounternehmen als Unternehmer	96
a) Einordnung	96
b) Folge der Einordnung als Unternehmer	96

2. Das Inkassounternehmen als Kaufmann	97
a) Einordnung	97
b) Folge der Einordnung als Kaufmann	97
3. Das Inkassounternehmen als Finanzdienstleister	97
9. Kapitel. Der Inkassovertrag	99
1. Rechtliche Einordnung des Inkassovertrages	99
2. Zustandekommen des Inkassovertrages	100
3. Notwendiger Inhalt des Inkassovertrages	101
4. Anzuwendende gesetzliche Bestimmungen	101
5. Vergütungsvereinbarungen.	102
6. Leistungspflichten aus dem Inkassovertrag.	103
7. Kontokorrentabrede im Innenverhältnis.	104
8. Beendigung des Inkassovertrages.	106
10. Kapitel. Allgemeine Geschäftsbedingungen in Inkassoverträgen	109
1. AGB-Recht	109
2. Grundsätzliche Abdingbarkeit der gesetzlichen Regelungen.	109
3. Grenzen nach dem AGB-Recht	110
4. Inhalt von Inkasso-AGB (mit alphabetischer und systematischer Übersicht)	111
5. Rechtliche Beurteilung einzelner Klauseln in Inkasso-AGB.	116
a) Abrechnungsklauseln:	116
b) Anerkenntnis der Abrechnung des Inkassounternehmens.	117
c) Einbeziehungsklauseln.	117
d) Erfolgshonorar	118
e) Forderungsbeschreibung – Beschreibung der zu übergebenden Forderungen:	120
f) Leistungsbeschreibung:	120
g) Ratenzahlungsvergleich, Ermächtigung des Inkassounternehmens zum Abschluss:	120
h) Rechtsanwalt – Auswahl von Rechtsanwälten durch das Inkassounternehmen:	121
i) Schriftformklauseln:	122
j) Sicherung – Vereinbarung der Erfüllung des Inkassovertrags durch Erzielen einer Sicherung:	122
k) Vergütungsvorschuss:	123
l) Verjährung – Ausschluss der Verjährungskontrolle	123
m) Verrechnungsklauseln:	125
n) Beispiel einer Auslegung durch die Gerichte:	126
11. Kapitel. Vergütungsansprüche im Innenverhältnis einschließlich Erstattung von Auslagen	128
1. Begriff der „Vergütung“	128
2. Allgemeines zum Anspruch auf Vergütung und Erstattung von Auslagen im Innenverhältnis	128
3. Höhe des Anspruchs auf Vergütung und Erstattung von Auslagen im Innenverhältnis	130
4. Fälligkeit des Anspruchs auf Vergütung und Erstattung von Auslagen im Innenverhältnis	131
5. Anspruch auf Vergütung und Erstattung von Auslagen bei vorzeitiger Beendigung des Inkassovertrages	132
6. Auslagenerstattung bei Einschaltung eines Rechtsanwalts	133
7. Verjährung des Anspruchs auf Vergütung und Erstattung von Auslagen im Innenverhältnis	136
a) Intertemporäre Betrachtung	136
b) Bedeutung der Verjährung	136
c) Verjährung des Anspruchs auf Vergütung	136

d) Verjährung des Anspruchs auf Ersatz von Auslagen	137
e) Vereinbarungen über die Verjährung	137
f) Hemmung und Neubeginn der Verjährung	137
12. Kapitel. Weitere Ansprüche im Innenverhältnis	138
1. Übersicht über die möglichen Ansprüche	138
2. Pflichten des Inkassounternehmens	138
3. Pflichten des Gläubigers	140
4. Insbesondere Ansprüche des Auftraggebers auf Information	141
a) Bedeutung der einzelnen Pflichten:	141
b) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs:	141
c) Wesentliche Unterscheidungen und Ergebnis des Rechtsstreits:	142
d) Besondere vertragliche Vereinbarungen:	143
e) Erlöschen des Anspruchs auf Information:	144
f) Ausschluss des Anspruchs wegen Rechtsmissbräuchlichkeit:	144
5. Insbesondere Ansprüche des Auftraggebers auf Abrechnung und Auszahlung	145
6. Insbesondere Schadensersatz- und Bereicherungsansprüche des Auftraggebers	146
7. Anspruch auf Herausgabe von Unterlagen nach Beendigung des Inkassovertrages	149
13. Kapitel. Sonderfälle unwirksamer Inkassoverträge	154
1. Fälle der Unwirksamkeit oder Nichtigkeit	154
a) Nichtigkeit nach § 138 BGB	154
b) Nichtigkeit nach § 134 BGB	154
2. Rechtsfolgen einer Nichtigkeit des Inkassovertrages	156
a) Verstoß gegen § 138 BGB	156
b) Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, § 134 BGB	156
c) Vergütungsansprüche in solchen Fällen	157
d) Folge einer Zahlung durch den Schuldner	161
2. Teil. Das Verhältnis des Inkassounternehmens zum Schuldner und zu Dritten (Außenverhältnis)	162
14. Kapitel. Stellung des Inkassounternehmens im Verhältnis zum Schuldner	162
1. Überblick	163
2. Die Formen der Berechtigung des Inkassounternehmens im einzelnen	163
a) Vollabtretung	163
b) Inkassoession	164
c) Einziehungsermächtigung	164
d) Einziehungsvollmacht	165
3. Konkrete Abgrenzung im Bereich der Inkassounternehmen	166
a) Diskussion der Abgrenzungen	166
b) Blick auf den Zivilprozess	167
c) Empfehlungen	168
4. Einfluss eines Verstoßes gegen das RDG	168
a) Fehlende Registrierung	168
b) Überschreiten der Registrierung	170
c) Dogmatische Überlegungen	170
d) Beispiele aus der Rechtsprechung	172
5. Nichtigkeit der Abtretung wegen Verstoßes gegen Berufsverschwiegenheit	174
a) Grundsätzliche Überlegungen	174
b) Ärztliche und zahnärztliche Honorarforderungen	175

c) Vergütung für anwaltliche Tätigkeit	176
d) Folge eines Verstoßes	176
6. Weitere Probleme der Begründung der Rechtsstellung der Inkassounternehmen	177
a) Abtretungsbeschränkungen	177
b) Bestimmtheit der Abtretung	177
c) Betreuungsrecht, §§ 1896 ff. BGB	177
d) Minderjährige	178
e) Steuererstattungsansprüche	179
f) Umfang einer Abtretung	179
7. Strafrechtliche Grenzen der Tätigkeit des Inkassounternehmens	179
15. Kapitel. Stellung des Inkassounternehmens im Verhältnis zu	
Dritten – Auskunftsmöglichkeiten über Schuldner	181
1. Grundlagen der Pflicht zur Verschwiegenheit als Gegenpol zu Auskunftspflichten	181
a) Vertragliche Ansprüche	181
b) Elektronische Register	182
c) Persönlichkeitsrecht	182
d) Privatgeheimnisse	183
e) Verwendungsbeschränkungen	184
2. Informationsansprüche der Inkassounternehmen gegenüber Gerichten und Behörden	184
3. Drittschuldnerauskunft	210
4. Andere Informationsmöglichkeiten	211
5. Exkurs: Wettbewerbsrecht	217
16. Kapitel. Besonderheiten aus der Sicht des Schuldners	218
1. Verschiedene Sichtweisen	218
2. Natürliche Person als Schutzsubjekt	218
3. Verbraucherschutz	219
4. Bedeutung des Schuldnerschutzes im Inkassorecht	220
17. Kapitel. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Erfüllung	221
1. Nachweis der Berechtigung durch das Inkassounternehmen	221
2. Leistungen durch den Schuldner	223
3. Erfüllung bei Bestehen mehrerer Forderungen	225
4. Leistungen durch Andere	229
5. Abrechnung durch das Inkassounternehmen gegenüber dem Schuldner	230
18. Kapitel. Schutz des Schuldners	232
1. Begriff des Schuldnerschutzes	232
2. Allgemeine Einwendungen und Einreden des Schuldners	233
3. Spezielle Schuldnerschutzregelungen	234
4. Schutz bei bereicherungsrechtlicher Rückabwicklung nach Leistung	236
19. Kapitel. Besondere Vereinbarungen des Schuldners oder Dritter	
mit dem Inkassounternehmen	238
1. Schuldanerkennnis gegenüber dem Inkassounternehmen	238
2. Vertragliche Übernahme der Inkassokosten durch den Schuldner	241
3. Abschluss eines Vergleichs mit dem Schuldner	242
4. Ratenzahlungsvergleich	245
5. Stellung von Sicherheiten durch den Schuldner	247
6. Lohnabtretungsvereinbarungen	249
8. Übernahme von Verpflichtungen durch Dritte	250

3. Teil. Kostenerstattungsansprüche	256
20. Kapitel. Überblick über die Kostenerstattungsansprüche	256
1. Begriff des Kostenerstattungsanspruchs	256
2. Prozessualer Kostenerstattungsanspruch – Kostenfestsetzung als vorrangiges Instrument	257
3. Klage auf Erstattung der Inkassokosten	258
21. Kapitel. Der materiell-rechtliche Kostenerstattungsanspruch im Überblick	260
1. Grundlagen des Anspruchs auf Ersatz außergerichtlicher Inkassokosten	260
a) Inkassokosten als Rechtsverfolgungskosten	260
b) Inkassotätigkeit als spezielle Rechtsdienstleistung	260
c) Konsequenzen für die Auslegung des Schadensersatzrechts als außergerichtlichen Kostenerstattungsanspruch	261
2. Typische Anspruchsgrundlagen des materiell-rechtlichen Kostenerstattungsanspruchs	262
a) Ersatz des Verzugschadens (§§ 280 Abs. 2, 286 BGB)	262
b) Schadensersatz wegen Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1 und 3 BGB)	262
c) Schaden aus unerlaubter Handlung (§§ 823 ff BGB)	263
3. Verhältnis zum prozessualen Kostenerstattungsanspruch	263
22. Kapitel. Haftung aus Verzug (§§ 280 Abs. 2, 286, 288 BGB) dem Grunde nach	264
1. Übersicht über die Voraussetzungen der Ansprüche aus §§ 280 Abs. 2, 286 BGB und aus §§ 286, 288 Abs. 5 BGB	264
2. Bestehen eines Schuldverhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner	265
3. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Hauptanspruchs	267
4. Verzug des Schuldners mit dem Hauptanspruch	267
a) Entschuldigungsgründe für den Verzug	267
b) Verzug ohne Mahnung	268
c) Verzug durch Mahnung (§ 286 Abs. 1 BGB)	269
d) Verzugsbeginn und Ersatzfähigkeit von Inkassokosten	270
5. Schadenseintritt beim Gläubiger	270
6. Haftungsbegründende Kausalität und objektive Zurechnung	271
a) Kausalität	271
b) Objektive Zurechnung	272
7. Anspruch auf pauschale Beitreibungskosten aus §§ 286, 288 Abs. 5 BGB	273
8. Unwirksamkeit einer Vereinbarung über den Ausschluss oder die Beschränkung des Ersatzes von Beitreibungskosten beim Verzug mit Entgeltforderungen	274
9. Verjährung der Ansprüche aus §§ 280 Abs. 2, 286 BGB und aus §§ 286, 288 Abs. 5 BGB	274
10. Zusammenfassung zum Grund des Schadensersatzanspruchs aus §§ 280 Abs. 1 und 2, 286 BGB	275
23. Kapitel. Schadensersatz für außergerichtliche Rechtsverfolgungskosten	276
1. Rechtsverfolgungskosten (Beitreibungskosten) als ersatzfähiger Schaden	276
a) Kausalität und Zurechnung zur Leistungsstörung	276
b) Zahlungsverzugsrichtlinie als Orientierung	277
2. Inkassokosten als erstattungsfähige Rechtsverfolgungskosten	277
a) Rechtsprechung des BGH zur Ersatzfähigkeit von außergerichtlichen Rechtsanwaltskosten	277

b) Inkassotätigkeit als besondere Rechtsdienstleistung	278
c) Grundsätzliche Zurechenbarkeit von Inkassokosten als Rechtsverfolgungsschaden des Gläubigers	281
3. Sukzessive Beauftragung mehrere Rechtsdienstleister als Problem des § 254 BGB . . .	284
a) Allgemeine Folgen der sukzessiven Beauftragung	285
b) Besondere Probleme aus den Anrechnungsbestimmungen des RVG	285
4. Grundlagen der Beweislast und des Beweismaßes	286
5. Grenzen des Kostenerstattungsanspruchs bei Inkassounternehmen	287
a) Begrenzung der Höhe des außergerichtlichen Kostenerstattungsanspruchs nach § 4 Abs. 5 RDGEG	287
b) Begrenzung des Kostenerstattungsanspruchs nach § 254 BGB bei sukzessiver Beauftragung von Inkassounternehmen und Rechtsanwalt	288
c) Außergerichtliche Beauftragung sowohl eines Inkassounternehmens als auch eines Rechtsanwalts	292
d) Auswahlverschulden mit Blick auf unterschiedliche Erstattungsobergrenzen?	292
24. Kapitel. Begrenzung der erstattungsfähigen Inkassokosten	
nach § 4 Abs. 5 RDGEG	293
1. Grundlagen der Begrenzung des materiell-rechtlichen Kostenerstattungsanspruchs durch § 4 Abs. 5 Satz 1 RDGEG	293
a) Hintergrund der Regelung	293
b) Bedeutung des § 4 Abs. 5 Satz 1 RDGEG	293
c) Zeitlicher Anwendungsbereich	294
2. Ermittlung der erstattungsfähigen Gebühren und Auslagen anhand des RVG	296
a) Numerus clausus der erstattungsfähigen Vergütungstatbestände – Wegfall des Vergütungserfindungsrechts	296
b) Einzelne Vergütungstatbestände des RVG	296
c) Maßgeblicher Geschäftswert	299
3. Ermittlung und Nachweis der erstattungsfähigen Inkassokosten	299
a) Vertragliche Geltung des RVG im Innenverhältnis	299
b) Vom RVG abweichende Vergütungsregelung im Innenverhältnis	300
c) Formale Anforderungen die Geltendmachung des Kostenschadens	301
d) Keine Ersatzfähigkeit von Erfolgshonoraren	301
e) Höhe der Geschäftsgebühr	302
4. Verordnungsermächtigung nach § 4 Abs. 5 Satz 2 und 3 RDGEG	303
4. Teil. Durchsetzung von Ansprüchen auf Erstattung von Inkassokosten	305
25. Kapitel. Prozessuale Probleme im Streitverfahren	305
1. Überblick	305
2. Klageantrag im Rechtsstreit	306
3. Wirksamkeit der Klageerhebung, insbesondere Vollmacht	308
4. Sachliche Zuständigkeit, Streitwert, Beschwer	308
5. Prozessführungsbefugnis von Inkassounternehmen	310
6. Rechtsschutzbedürfnis	312
7. Klagenverbindung von Hauptanspruch und Erstattungsanspruch	312
8. Darlegungslast und Beweislast zum Anspruch auf Ersatz von Inkassokosten	313
9. Sonderfall Versäumnisurteil zum Erstattungsanspruch	316
10. Richterablehnung wegen Äußerung zu Inkassofragen	316
11. Kostenentscheidung bei Abweisung wegen der Inkassokosten	318
12. Kostenerstattung nach vorausgegangenem Mahnverfahren	319

26. Kapitel. Weitere besondere Probleme des Mahnverfahrens	321
1. Zuständigkeit für das Mahnverfahren	321
2. Vordrucke für das Mahnverfahren	322
3. Darlegungslast im Mahnverfahren	323
4. Sachprüfung im Mahnverfahren	323
5. Zurückweisung des Antrags hinsichtlich der Inkassokosten?	324
6. Mahnbescheid über Erfolgshonorar?	324
7. Mahnbescheid über Zinsen und Kontoführungskosten?	325
8. Verjährungshemmende Wirkung des Mahnbescheids	325
9. Durchbrechung der Rechtskraft des Vollstreckungsbescheids?	326
10. Zahlstellenvermerke in Mahn- und Vollstreckungsbescheiden	327
27. Kapitel. Zwangsvollstreckung und Insolvenz	328
1. Vertretungsbefugnis von Inkassounternehmen in der Zwangsvollstreckung	328
a) Vertretungsbefugnis der Inkassounternehmen im Zwangsvollstreckungsverfahren	328
b) Vorlage und Nachweis der Vollmacht	330
c) Postulationsfähigkeit bei Inkassozession	330
d) Prüfung der Vertretungsbefugnis und Zurückweisung des Vertreters	331
2. Besondere Entwicklungen während des Vollstreckungsverfahrens	331
a) Pfändung der Gläubigerforderung durch Dritte	331
b) Titelumschreibung nach Vollabtretung der Hauptforderung	333
3. Insolvenz	333
a) Folgen des Insolvenzverfahrens	333
b) Vertretungsbefugnisse für Inkassounternehmen im Insolvenzverfahren	335
28. Kapitel. Inkassokosten als notwendige Kosten der Zwangsvollstreckung (§ 788 ZPO)	336
1. Gesetzlicher Kostenerstattungsanspruch	336
2. Inkassokosten als erforderliche Kosten der Zwangsvollstreckung im Sinne des § 788 ZPO	337
a) Tatsächliche Kosten des Gläubigers	337
b) Erforderliche Kosten der Zwangsvollstreckung	337
3. Kosten für einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	338
a) Zwangsvollstreckung durch Inkassounternehmen auch nach einem streitigen Erkenntnisverfahren	338
b) Mehrere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	338
4. Überblick über erstattungsfähige Kosten der Zwangsvollstreckung	339
a) Verfahrensgebühr; Auslagen; Umsatzsteuer	339
b) Geschäftswert	339
c) Mehrere Vollstreckungsmaßnahmen in einer Sache	339
d) Aufforderung vor Zwangsvollstreckung	340
5. Einzelne Angelegenheiten	340
a) Vollstreckungsauftrag; kombinierte Aufträge	340
b) Vermögensauskunft und Drittauskunft (§§ 802c, 802 I ZPO)	341
c) Wiederholte Vollstreckungsmaßnahmen	341
d) Ratenzahlung; Vollstreckungsaufschub (§ 802b ZPO)	341
6. Vorbereitungskosten	343
7. Zuständigkeit für eine Festsetzung der Vollstreckungskosten	343

29. Kapitel. Internationales Inkassorecht – Anwendbares Recht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	344
1. Begriff des Internationalen Inkassorechts	344
2. Internationales Inkassoberufsrecht	344
a) Begriff	344
b) Räumlicher Geltungsbereich des RDG	345
3. Inkassovertrag und Inkassoabtretung (Innenverhältnis zwischen Gläubiger und Inkassounternehmen)	348
a) Inkassovertrag (schuldrechtliches Rechtsgeschäft zwischen Gläubiger und Inkassounternehmen)	348
4. Ersatz von Rechtsverfolgungskosten (Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner)	350
a) Problembeschreibung	350
b) Statut der Hauptforderung (Vertrag Gläubiger-Schuldner)	351
c) Qualifikation der Erstattungsgrenze nach § 4 Abs. 5 EGRDG	355
5. Internationaler Rechtsstreit – Wege zum Titel innerhalb der EU bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	358
a) Europäisches Recht	358
b) Nationales Recht	361
6. Internationale Zuständigkeit – Grundzüge	362
7. Internationale Zwangsvollstreckung	363

Dritter Hauptteil. Berufsrecht der Inkassounternehmen – Möglichkeiten und Gestaltungen der Zusammenarbeit

30. Kapitel. Einleitung	365
1. Geschichtliche Betrachtungen und Quellen	365
2. Geschichte und Berufsbild	368
3. Entwicklung des Berufsbildes der Inkassounternehmen als Gewerbe	372
a) Die geschichtlich erste Phase bis 1935	372
b) Das Gesetz zur Verhütung von Missbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13.11.1935	375
c) Nach 1945	375
d) Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14.07.1987	377
e) Die Vergütung der Inkassounternehmen bis zum 30.06.2008 (Inkrafttreten des RDG/RDGEG/RDV)	379
f) Der geschlossene Berufsstand der Rechtsbeistände im Inkassogewerbe	382
4. Die Entwicklung des Berufsrechtes ab 01.07.2008 und Inkrafttreten des Rechtsdienstleistungsgesetzes	383
5. Problemaufriss und Kritikansätze zur Rechtslage ab 01.07.2008 (Inkrafttreten des RDG/RDGEG/RDV)	385
31. Kapitel. Das Rechtsdienstleistungsgesetz als Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsgesetzes (auch RBerNG)	392
1. Inhalt des RBerNG vom 12. Dezember 2007, Motive und Zielsetzungen	392
2. Erklärte Ziele des Rechtsdienstleistungsgesetzes	396
a) Ziele der Registrierung von Rechtsdienstleistern	397
b) Grundlagen anwaltlicher Freiberuflichkeit	398
c) Die Umsetzung der formulierten Motive und Ziele des Rechtsdienstleistungsgesetzes (Kritikansätze)	403
d) Nichtregistrierungspflichtige Rechtsdienstleistungen zugelassen	405

3. Die Kernregelung in § 2 Abs. 1 und 2 betreffend die Inkasso-Rechtsdienstleistung. . .	407
a) Vorbemerkung, kritische Anmerkung.	407
b) Tatbestandsmerkmale von § 2 RDG	409
4. Das Einführungsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG)	423
a) Das Gesetzgebungsverfahren	423
b) Inhalt des RDGEG – Übergangsbestimmungen	423
32. Kapitel. Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken	427
1. Einleitung und Entstehung	427
a) Wesentlicher Inhalt	427
b) Auflistung der Gesetzesentwürfe	428
c) Begleitende rechtspolitische Diskussion vor und nach Inkrafttreten des Gesetzes	430
2. Die konkreten Neuregelungen des GguG für das Recht der Forderungseinziehung.	432
a) Änderungen des RDG und der BRAO zu den Informationspflichten	432
b) Zu den einzelnen Informationspflichten	432
c) Die weiteren Änderungen des RDG	435
d) Änderung des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz – Einführung eines Abs. 5 in § 4 RDGEG	436
3. Anwendungsfolgen von und kritische Anmerkungen zu § 4 Abs. 5 RDGEG (eingefügt durch das GguG)	441
a) Änderungen der Inkassopraxis nach GguG, eine vorsorgliche Empfehlung	441
b) Kritische Anmerkung.	442
33. Kapitel. Zusammenarbeit zwischen Inkassounternehmen und Rechtsanwälten	443
1. Einleitung, Vorgeschichte, Grundmodell.	443
a) Rechtslage bis zum 01.07.2008	443
b) Regeln des Outsourcings-Verfahrens – auch nach dem 01.07.2008 zu beachten	448
2. Modelle der Zusammenarbeit zwischen IKU und RA, aktuell.	448
a) Zulässige und unzulässige Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen IKU und RA, Fazit	448
b) Anwaltliche Gesellschaftsformen, die nach derzeitigem Rechtszustand keine Beteiligung der IKU erlauben, Lösungsmöglichkeiten durch Kooperation	451
c) Kooperation als Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen IKU und RA.	454
e) Ermöglichung neuer Formen der Zusammenarbeit mit Anwälten	456
f) Faktische Gestaltungen der Kooperation nach heutigem Recht, Geschäftsmodelle.	456
3. Risiken der Zusammenarbeit in Kooperation zwischen IKU und RA.	457
a) Im Folgenden werden zunächst Straftatbestände erläutert, die als Gegenstand von Ermittlungsverfahren bekanntgeworden sind.	458
b) Besondere Forderungsmerkmale	461
4. Fazit	463
34. Kapitel. Schlussbetrachtung	465
35. Kapitel. Exkurs: Besondere Verfahren	467
1. Insolvenzverfahren nach den Bestimmungen der Insolvenzordnung (InsO)	467
2. Insolvenz des Schuldners	467
a) Allgemeines	467
b) Rechtsfolgen	468
3. Insolvenzspezifische Informationspflichten des Inkassounternehmens gegenüber dem Mandanten?	469
a) Sonderfall: Insolvenz des Mandanten	470
b) Schicksal des Inkassomandats	470

4. Rechtsfolgen	471
5. Sonderfälle	472
a) Fiduziarische Treuhand	472
b) Factoring	472
6. Unkenntnis des Inkassounternehmens von der Mandanteninsolvenz	473
7. Gläubigervertretung durch Inkassounternehmen	473
a) Bis zum 30.06.2014 geltendes Recht	474
b) Ab dem 01.07.2014 geltendes Recht	474

Vierter Hauptteil. Datenschutz in Inkassounternehmen

36. Kapitel. Bedeutung des Datenschutzes für Inkassounternehmen	476
37. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Datenschutzrechts	477
1. Begriff des Datenschutzes	477
2. Rechtliche Grundlagen	477
a) Internationale Regelungen / EU-Recht	477
b) Nationale Regelungen in Deutschland	478
3. Grundsätze des Datenschutzrechts	478
a) Grundsatz: Verbotsprinzip	478
b) Datengeheimnis	479
c) Büroorganisation	479
38. Kapitel. Datenschutz bei der Mandatsbearbeitung	480
1. Erhebung und Verwendung von Informationen	480
a) Allgemeines	480
b) Schuldnerdaten	480
c) Daten von beauftragenden Gläubigern und Dritten	486
d) Besonders sensible Daten	486
e) Sonstige Verwendung von Daten in Geschäftsprozessen	487
2. Kontakt mit dem Schuldner	488
a) Allgemeines	488
b) Elektronische Kommunikationsmittel	488
3. Datenweitergabe an Dritte	489
a) Datenaustausch mit dem Auftraggeber	489
b) Einmeldung in Auskunfteien	489
c) Einmeldung in Warndateien	497
d) Datenaustausch mit sonstigen Stellen	497
4. Transparenz	498
a) Benachrichtigung	498
b) Auskunft	499
c) Mitteilungspflichten bei Datenpannen	502
5. Berichtigung, Sperrung und Löschung	503
a) Allgemeines	503
b) Berichtigung	503
c) Löschung personenbezogener Daten	504
d) Sperrung	506
e) Spezialgesetzlich geregelte Lösungsfristen	506
6. Einzelfragen	507
a) Auftragsdatenverarbeitung	507
b) Factoring/Forderungsabtretung	509
c) Tätigkeit für die öffentliche Hand	509

7. Bußgeld- und Strafvorschriften	511
a) Anwendungsbereich	511
b) Bußgeld	511
c) Strafbarkeit	514
39. Kapitel. Betrieblicher Datenschutzbeauftragter	516
Anlage: Der ‚Code of Conduct‘ des BDIU	517
I. Umgang mit fremden Daten	517
II. Ansprechpartner in den Unternehmen, Streitigkeiten.	517
III. Datenerhebung- und -verarbeitung	517
IV. Sicherstellung des Datenschutzes auf Verbandsebene	517

Fünfter Hauptteil. Inkassorecht in Österreich und in der Schweiz

40. Kapitel. Inkasso in Österreich	519
1. Einleitung – Allgemeine Informationen	519
2. Inkasso –gesetzliche Grundlage/Wissenswertes	520
a) Einige wichtige Rechtsgrundlagen für Inkassoinstitute in Österreich.	520
b) Gewerbeordnung	520
c) Zugangsvoraussetzungen	521
d) Das Berufsbild Inkassoinstitute der Wirtschaftskammer	522
e) Allgemeine Richtlinien für Inkassoinstitute der Wirtschaftskammer.	523
f) Inkassogewerbe	524
g) Datenschutz	527
h) Konsumentenschutzgesetz (KSchG)	528
i) Konsumentenberatungsstellen	528
j) Inkassokosten und sonstige Ersatzansprüche (Zinsen)	528
k) Das Zahlungsverzugsgesetz/ZVG	530
3. Außergerichtliche Durchsetzung von Forderungen – Inkasso	531
4. Gerichtliche Durchsetzung von Forderungen (Auszugsweise)	532
a) Zivilprozessordnung (ZPO):	532
b) Zuständigkeit der Gerichte:	532
c) Gerichtliches Mahnverfahren.	533
d) Instanzenzug in Zivilsachen:	534
5. Verjährungsfristen.	534
6. Insolvenz – Kurzüberblick.	535
a) „Konkurs“ Insolvenzverfahren.	535
b) Privatinsolvenz – Schuldenregulierungsverfahren	537
7. Standesvertretung.	539
41. Kapitel. Inkasso in der Schweiz	540
1. Einleitung.	540
2. Das Schweizerische Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)	540
3. Organisation des Betreibungs- und Konkurswesens.	541
a) Betreibungs- und Konkursämter	541
b) Aufsichtsbehörden	541
4. Die verschiedenen Betreibungsarten.	542
a) Die Betreibung auf Konkurs	542
b) Die Betreibung auf Pfändung	543
5. Die gewerbsmäßige Vertretung von Gläubigern.	544
6. Inkassokosten	545
7. Die neue Zivilprozessordnung (ZPO)	545

8. Das Projekt eSchKG	546
9. Der Verband Schweizerischer Inkassotreuhandinstitute	546
10. Zahlen und Fakten	547

Anhang

1. Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) vom 12. Dezember 2007	550
2. Einführungsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG) vom 12. Dezember 2007	562
3. Satzung des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU) vom 20. April 2013.....	566
Sachregister	583